An die

Projektgesellschaft Norderelbe mbH

Postfach 1727

25507 Itzehoe

Nicht vom Antragsteller auszufüllen.
Teilprojekt-Nr.:
Datum des Eingangs:
Datum des Weiterleistungsvertrages:
Fördersumme in EUR:

Landesprogramm Wirtschaft, Förderperiode 2014-2020

Antrag auf Förderung aus dem Regionalbudget Westküste 2021-2023

Bitte beschränken Sie sich auf max. 10 Seiten für die Ausführungen zu den Punkten 1 bis 4. Unterzeichnen Sie die Erklärungen unter Punkt 5 rechtskräftig. Füllen Sie unter Punkt 6 zwingend die Anlagen K und F, d.h. Kosten- und Finanzierungsplan aus. Fügen Sie ggf. weitere Anlagen zur Projektbeschreibung bei.

1. Allgemeine Daten zum Teilprojekt
Projekttitel: *Bitte geben Sie Ihrem Projekt einen kurzen, aber dennoch aussagekräftigen Titel.*
Antragsteller: Name des Projektträgers: Ansprechperson: Name, Vorname Kontaktdaten: Adresse, Telefon, E-Mail Bankverbindung: Bank, IBAN, BIC Rechtsform des Projektträger: *Bitte Zutreffendes ankreuzen.* ☐ Gemeinde oder Gemeindeverband ☐ Steuerbegünstigte juristische Person (*Bitte Nachweis/Erläuterungen beifügen*.) ☐ nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtete natürliche oder juristische Person; in diesem Fall ist die Gesellschaftsstruktur anzugeben (Gesellschafter mit Anteil in %). (*Bitte Nachweis/Belege beifügen*.)
Sitz des Trägers: *Bitte geben Sie PLZ, Ort/Gemeindekennziffer und Kreis an.*

Projektlaufzeit und Durchführungszeitraum

Beginn: *Tag/Monat/Jahr*

Beendigung: *Tag/Monat/Jahr*

Falls das Vorhaben in mehreren Kalenderjahren durchgeführt wird stellen Sie dies im Kosten- und Finanzierungsplan (siehe 4.) bitte entsprechend dar.

Themen-/Handlungsfeld:

Welches Themen-/Handlungsfeld des Regionalen Entwicklungskonzeptes für die Region Westküste 2019 (REK) und welche GRW-Ziele werden mit dem Projekt angesprochen?

a) Themen-/Handlungsfelder REK *Bitte Zutreffendes ankreuzen.*

☐ Wirtschaft & Arbeit

☐ Energie & Tourismus

☐ Verkehr & Mobilität

☐ Innovation & Wissenstransfer

b) GRW-Ziele *Bitte Zutreffendes ankreuzen.*

☐ Verbesserung der regionalen Kooperation

☐ Mobilisierung und Stärkung regionaler Wachstumspotenziale

☐ Verstärkung von Maßnahmen des Regionalmarketings

☐ Verbesserung der Fachkräfteversorgung

2. Teilprojektdarstellung

2.1 Kurzfassung:

Erstellen Sie eine aussagekräftige Kurzdarstellung des Projektes in drei Sätzen.

2.2 Bedarf und Projektziele:

Beschreiben Sie die Ausgangslage, den Bedarf, die Ziele und die Zielgruppen bzw. die Begünstigten.

2.3 Projektmaßnahmen und -beschreibung:

Beschreiben Sie den Inhalt der geplanten Maßnahme und den Gegenstand der Förderung möglichst konkret.

2.4 Projektpartner

Führen Sie auf, mit welchen Partnern das Projekt abgestimmt worden ist.

Beschreiben Sie, inwiefern die Partner bei der Umsetzung des Projektes eingebunden sind. (z.B. Mitarbeit in Facharbeits-, Projektgruppe, Finanzierungsbeiträge).

2.5 Ergebnisse und Wirkungen: *Beschreiben Sie die regional wirksamen Ergebnisse / Outputs / Wirkungen des Projektes. Gehen sie hierbei v.a. auf den Mehrwert für die Region ein, den Nutzen für die Arbeit und das Handeln der Regionalen Kooperation, die Öffentlichkeitswirksamkeit und den Beitrag zur regionalen Identität ein.*
3. Projektspezifische Angaben zum Teilprojekt
3.1. Bezug des Projektes zu den Themen-/Handlungsfeldern des REK: *Füllen Sie den für Ihr Projekt zutreffenden Punkt aus. Gehen Sie insbesondere auf den Beitrag zu den Zielen des zutreffenden Themen-/Handlungsfeldes ein.*
a) Wirtschaft & Arbeit
b) Energie & Tourismus
c) Verkehr & Mobilität
d) Innovation & Wissenstransfer
3.2 Querschnittsthemen des REK: *Wie trägt das Projekt zu den Querschnittsthemen des REK bei?*
a) Kooperation
b) Digitalisierung
c) Nachhaltigkeit
d) Maritime Wirtschaft
3.3 GWR-Ziele *Wie trägt das Projekt zu den GRW-Zielen bei?*

a) Verbesserung der regionalen Kooperation
b) Mobilisierung und Stärkung regionaler Wachstumspotentiale
c) Verstärkung von Maßnahmen des Regionalmarketing
d) Verbesserung der Fachkräfteversorgung
3.4 Projektplanung / Meilensteine der Umsetzung: *Stellen Sie kurz die geplante Umsetzung des Projektes dar (Terminierung der Meilensteine mit Angabe des Zeitfensters).*
4. Ausgaben- und Finanzierungplan des Teilprojektes
4.1 Kostenplan: Für das Projekt besteht eine Berechtigung zum Vorsteuerabzug *(Bitte ankreuzen.):* ☐ ja. *Bitte Nachweis beifügen*. ☐ nein. *Bitte Bruttobeträge angeben.* Geben Sie die Gesamtkosten an:_____EUR ☐ netto ☐ brutto *(Zutreffendes bitte ankreuzen. Angabe von Netto-Kosten bei Vorsteuerabzugsberechtigung, sonst Brutto-Kosten; dies gilt auch für Anlage K)* *Stellen Sie die Kosten gemäß beigefügter* ***Mustertabelle (Anlage K)*** *dar.*
4.2 Finanzierungsplan: *Stellen Sie die gesicherte Gesamtfinanzierung gemäß beigefügter* ***Mustertabelle (Anlage F)*** *dar. Hinweis: Die* ***Förderquote*** *bei Teilprojekten aus dem Regionalbudget beträgt* ***70 %.*** Die Eigenmittel zur Finanzierung sind gesichert. ☐ ja (*Bitte Erläuterungen/Belege beifügen*.) ☐ nein

Die Eigenmittel zur Finanzierung sind vollständig oder teilweise öffentliche Mittel *(Bundesmittel, Landesmittel, kommunale Mittel, sonstige öffentliche Mittel).*

☐ ja (*Bitte Erläuterungen/Belege beifügen*.) ☐ nein

Die Eigenmittel zur Finanzierung werden vollständig oder teilweise von den Projektpartnern getragen.

☐ ja (*Bitte Erläuterungen/Belege beifügen*.) ☐ nein

Es sind private Finanzierungsbeiträge zur Finanzierung des Projektes vorgesehen.

☐ ja (*Bitte Erläuterungen/Belege beifügen*.) ☐ nein

Es besteht eine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit der Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt, der noch nicht nachgekommen wurde.

☐ ja (*Bitte Erläuterungen/Belege beifügen*.) ☐ nein

Während der Projektumsetzung oder der Nutzungszeit/Bindungsfrist der geförderten Investition werden Einnahmen erwirtschaftet.

☐ ja (*Bitte Wirtschaftlichkeitsbetrachtung beifügen*.) ☐ nein

4.3 Kumulation von Zuwendungen, frühere Förderungen für dieses Vorhaben

Das Regionalbudget soll idealerweise zur Förderung von Teilprojekten eingesetzt werden, deren Umsetzung aus anderen Förderprogrammen nicht realisiert werden kann.

Bestehen für dieses Vorhaben weitere Fördermöglichkeiten?

☐ ja *(Bitte Erläuterung beifügen.)* ☐ nein

Sind für dieses Vorhaben bei anderen öffentlichen Stellen ebenfalls Zuwendungen beantragt worden oder sollen Zuwendungen beantragt werden?

☐ ja *(Bitte Erläuterung beifügen.)* ☐ nein

Wurden von einer anderen Stelle bereits Mittel in Aussicht gestellt oder bewilligt?

☐ ja *(Bitte Erläuterung beifügen.)* ☐ nein

Wurden bereits früher Mittel gezahlt?

☐ ja *(Bitte Erläuterung beifügen.)* ☐ nein

Wurden frühere Anträge abgelehnt?

☐ ja *(Bitte Erläuterung beifügen.)* ☐ nein

4.4 Selbsteinschätzung Beihilferelevanz

Liegt bei diesem Teilprojekt ein beihilferelevanter Tatbestand vor?

☐ ja ☐ nein

Bitte Erläuterung beifügen.

Sind an beteiligte Unternehmen in den letzten drei Jahren „De-minimis"-Beihilfen gewährt worden? ☐ ja ☐ nein

Wenn ja, an welches Unternehmen, Zeitpunkt, Höhe der Förderung, von welcher Stelle?

Bitte angeben sowie De-minimis Erklärung ausfüllen.

5. Erklärungen

5.1 Verwendung der Fördermittel

Ich / Wir erkläre(n), dass die Fördermittel ausschließlich zur Finanzierung der beschriebenen Maßnahmen des Teilprojektes verwandt werden.

5.2 Maßnahmenbeginn

Ich / Wir erkläre(n), dass mit dem Teilprojekt noch nicht begonnen wurde und auch vor Abschluss des Weiterleitungsvertrages nicht begonnen wird. Als Projektbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten.

5.3 Subvention

Mir / Uns ist bekannt, dass es sich bei dem beantragten Zuschuss um eine Subvention handelt, auf welche der § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (Landessubventionsgesetz vom 11.11.1977 – LSubvG, GVOBl. 1977, S. 489) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz – SubvG, BGBL. 1976, Teil II, S. 2037 f.) Anwendung finden.

Mir/ Uns ist von der Regionalbudget-Trägerin bekannt gemacht worden, dass folgende im Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist:

- Angaben zum Projektträger
- Investitionsort / Sitz des Trägers einer nichtinvestiven Maßnahme
- Beschreibung und Begründung des beschriebenen Vorhabens, soweit die Angaben als Tatsachen feststehen
- Beginn des Vorhabens
- Angaben zu den Kosten, der Finanzierung und der Wirtschaftlichkeit, soweit sie als Tatsachen feststehen
- Angaben über gegebenenfalls bestehende wirtschaftliche, rechtliche und personelle Verflechtungen zwischen Träger, Betreiber und Nutzer des geförderten Projektes.
- Erklärung über eine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und Ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt.

Mir / Uns ist weiterhin bekannt, dass eine Entstellung oder Unterdrückung dieser Tatsachen ggf. als Betrug im Sinne des § 263 StGB strafbar ist. Mir/ Uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.
Mir / Uns ist bekannt, dass nach § 3 SubvG die Verpflichtung besteht, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.

5.4 Mindestlohn

Mir / Uns ist bekannt, dass bundeseinheitlich ein Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 4 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2739) geändert worden ist, zu zahlen ist.
Am 30. Juni 2020 hat die Mindestlohnkommission ihren Dritten Beschluss zur Anpassung der Höhe des gesetzlichen Mindestlohns gefasst sowie den Dritten Bericht zu den Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns vorgelegt.
Der Beschluss der Mindestlohnkommission sieht einen gesetzlichen Mindestlohn von 9,50 Euro brutto je Zeitstunde mit Wirkung zum 1. Januar 2021, von 9,60 Euro brutto je

Zeitstunde mit Wirkung zum 1. Juli 2021, von 9,82 Euro brutto je Zeitstunde mit Wirkung zum 1. Januar 2022, von 10,45 Euro brutto je Zeitstunde mit Wirkung zum 1. Juli 2022 vor. Die Bundesregierung hat diesen Beschluss am 28.Oktober durch eine Rechtsverordnung umgesetzt.
Dementsprechend verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Inland für die Dauer des Bewilligungszeitraumes mindestens 9,50 EURO (brutto) pro Zeitstunde ab 1. Januar 2021 zu zahlen.

Es ist jederzeit der Mindestlohn auf Basis des jeweils geltenden Mindestlohngesetzes zu beachten.

Bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nach dem Vergabegesetz Schleswig-Holstein (VGSH) greift der vergaberechtliche Mindestlohn. Nach § 4 Abs. 1 VGSH vom 08. Februar 2019 (GVOBl. S.40) beträgt der vergaberechtliche Mindestlohn 9,99 Euro. Damit verpflichte ich mich/verpflichten wir uns den Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Mindeststundenentgelt von 9,99 Euro zu zahlen, wenn sie Aufträge aus öffentlicher Hand erhalten.

In meinem/unseren Unternehmen bzw. unserer Einrichtung kommt kein Tarifvertrag / folgender Tarifvertrag zur Anwendung:

Mir / Uns ist bekannt, dass die Erklärung über die Einhaltung des Landesmindestlohngesetzes eine subventionserhebliche Tatsache im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch ist und ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist.

5.5 Anwendung der Auswahl- und Fördergrundsätze und Regeln des Landesprogramms Wirtschaft (AFG LPW)

Mir / Uns ist bekannt, dass die in den Grundsätzen und Regelungen für die Auswahl, Förderung und Zuschussfähigkeit von Projekten im Rahmen des Landesprogramms Wirtschaft im Anhang I genannten Bestimmungen der Europäischen Union für die EFRE-Förderung auch bei der GRW-Förderung Anwendung finden.

Ich / Wir erkläre(n) in diesem Zusammenhang, dass ein gesondertes Buchführungssystem oder ein gesonderter Buchführungscode für die Abrechnung des Vorhabens verwendet wird.
Mir / Uns ist bekannt, dass ich / wir die Förderung aus dem LPW in geeigneter Weise im

Falle des Erhalts der Zuwendung zu publizieren habe(n). Informationen zu Kommunikations- und Informationspflichten sind zu finden unter: https://www.ib-sh.de/produkt/landesprogramm-wirtschaft-regionale-kooperationen/ (Publizität).

5.6 Beantragung Fördermittel aus EU-Programmen

Ich / Wir erkläre(n), dass für die zu fördernden Projektkosten nicht auch zugleich eine Unterstützung im Rahmen

- des Europäischen Sozialfonds (ESF)
- des Europäischen Fonds des ländlichen Raums (ELER)
- des Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF)
- des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ - EFRE
- anderer EU-Programme

beantragt bzw. gewährt wurde.

Es darf für das Teilprojekt keine Doppel- oder Überförderung entstehen. Es sind für das konkrete Teilprojekt die jeweils zulässigen Beihilfeintensitäten einzuhalten.

Die Mittel des Regionalbudgets können nicht zur Kofinanzierung von aus Bundesmitteln finanzierten Maßnahmen bzw. Projekten eingesetzt werden.

5.7 Sicherung der Finanzierung und der Folgekosten

Ich / Wir erkläre(n), dass die Finanzierung der mit dem Teilprojekt verbundenen Folgekosten gesichert ist.

Ich / Wir versichere(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und der beigefügten Unterlagen.

Ort, Datum	rechtsverbindliche Unterschrift *Stempel*

Einwilligungserklärung zur Datenverarbeitung und Auskunftserteilung

Mir / Uns ist bekannt, dass die Einwilligung in die Datenverarbeitung der für die Bearbeitung des Antrages, der Auszahlung und Verwaltung der Subvention erforderlichen

personenbezogenen Daten freiwillig ist. Es besteht das Recht, die Einwilligung zur Datenverarbeitung zu verweigern oder mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen, sofern keine Rechtsgründe entgegenstehen. Dies hätte zur Folge, dass sich die Bearbeitung des Antrages ggf. verzögert oder unmöglich wird.

In Kenntnis dieser Umstände bin ich/sind wir damit einverstanden, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten bei der Bewilligungsbehörde bzw. der von ihr ermächtigten Stelle und bei der Regionalbudget-Trägerin zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträger erfasst, gespeichert und verarbeitet werden. Die Bewilligungsbehörde bzw. die von ihr ermächtigten Stelle und die Regionalbudget-Trägerin sind berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschließlich der Entscheidungsgründe allen an der Finanzierung und der fachlichen Beurteilung dieses Vorhabens beteiligten Stellen zur Verfügung zu stellen. Diese Stellen dürfen die übermittelten Daten auch verarbeiten.
Die Einwilligung erfasst auch die Weitergabe dieser Daten an die jeweiligen Parlamente auf Bundes- und Landesebene. Die Weitergabe von Daten ist keine Verletzung schutzwürdiger Interessen im Sinne des Artikels 53 der Landesverfassung.

Ich bin/Wir sind weiterhin damit einverstanden, dass die Daten von der Bewilligungsbehörde bzw. der von ihr ermächtigten Stelle und die Regionalbudget-Trägerin oder in deren Auftrag von wissenschaftlichen Einrichtungen für Zwecke der Statistik und der Erfolgskontrolle über die Wirksamkeit des Förderprogramms ausgewertet, weitergeleitet und Auswertungsergebnisse veröffentlicht werden.

Die Einwilligung bezieht sich ausdrücklich auch auf die Erfassung, Speicherung und Verwendung der nach Beendigung des Vorhabens zur Verwendungsnachweiskontrolle erforderlichen persönlichen und sachlichen Daten.

Die Teilprojekte, die Zuwendungen aus dem Regionalbudget erhalten haben, werden auf der Webseite und ggf. weiteren Publikationen der Regionalen Kooperation Westküste http://www.rk-westküste.de/ veröffentlicht.

Ich / wir willige/n in die Veröffentlichung auf dieser Webseite und anderen Publikationen der der Regionalen Kooperation Westküste im Falle des Erhalts der Zuwendung ein.

Gemäß Artikel 9 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) werden Informationen über beihilferelevante Projekte in einem gesonderten Beihilfe-Verzeichnis auf einer Beihilfe-Webseite veröffentlicht, in dem folgende Angaben gespeichert werden:

Name des Empfängers, die Standortregion, Art des Unternehmens, Wirtschaftszweig, Höhe der Beihilfe nach Förderquellen, Bewilligungsdatum, Bewilligungsbehörde und Angaben zum Ziel der Förderung.
Ich / wir willige/n in die Aufnahme in dieses öffentliche Verzeichnis im Falle des Erhalts der Zuwendung ein.

Ort, Datum	rechtsverbindliche Unterschrift Stempel

6. Anlagen

Dem Antrag sind, soweit zutreffend, zusätzlich beizufügen *

a) Kostenplan und Finanzierungsplan *Füllen Sie bitte immer die Mustertabellen aus.*

b) Erklärung über Vorsteuerabzugsberechtigung

c) Erläuterungen/Belege zu den Eigenmitteln

d) Gremienbeschlüsse

e) De-minimis-Erklärung

f) Ggf. Nachweis über den Ausschluss der Gewinnerzielungsabsicht

**Hinweis: Die Trägerin des Regionalbudgets kann ggf. weitere Unterlagen nachfordern, soweit dies für die Beurteilung des Vorhabens erforderlich ist.*

Bitte reichen Sie den Antrag und die Unterlagen ***in einfacher Ausfertigung auf dem Postweg sowie zusätzlich in digitaler Form per E-Mail*** *an info@pg-norderelbe.de) ein. Postanschrift: Projektgesellschaft Norderelbe mbH, Regionalmanagement „Regionale Kooperation Westküste“, Postfach 1727, 25507 Itzehoe.*

Anlage K

Projekttitel: ☐ **Teilprojekt-Nr.:** ☐

Kostenplan

Kostenangaben sind ☐ netto ☐ brutto

Bitte Zutreffendes ankreuzen.
Bitte geben Sie die folgenden Kostenarten an: Personalkosten, Sachkosten (bitte weitere Untergruppen aufführen bei 2.3), Gemeinkosten.

Kostenart Ldf. Nr.	Bezeichnung der Kostenart Regionalbudget	Betrag *(Angabe in €)*
1	**Personalkosten** *(nur bei Neueinstellung von zusätzlichem Personal oder Freistellung von vorhandenem Personal angeben)*	€
2	**Personalsachkosten**:	€
	a) Kosten für projektspezifische Qualifizierungsmaßnahmen für die im Projekt beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	€
	b) Reisekosten nach dem Bundesreisekostengesetzt (BRKG) und der entsprechenden Verwaltungsvorschriften (VV)	€
3	Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen	€
	a) Kosten für Publikationen und Werbematerialien	€
	b) Kosten für Veranstaltungen und Messeteilnahmen	€
4	Kosten für Gutachten/Fachbeiträge und sonstige projektbezogene externe Dienstleistungen *(Bitte näher ausführen, ggf. Zeilen ergänzen.)*	€
5	Sonstige Sachkosten, sofern sie ausschließlich für das Projekt anfallen	€
6	Gemeinkosten in Höhe von 15 % bezogen auf die direkten Personalkosten (Kostenart 1)	€
	Gesamtkosten	**€**

Entstehen durch das Projekt Folgekosten?

☐ ja. *Falls ja, stellen Sie diese kurz dar.* ☐ nein

Anlage F

Projekttitel: | | **Teilprojekt-Nr.:** | |

Darstellung nach Jahren

Finanzierungsplan	**Gesamt** Betrag in €	**2021** Betrag in €	**2022** Betrag in €	**2023** Betrag in €
vorgesehene **Mittel aus dem Regional-budget**, **Förderquote = 70 %**				
Eigenmittel				
Drittmittel - sonstige öffentliche Finanzierungshilfen - Beiträge von Unternehmen - sonstige Beiträge Dritter (z.B. von Verbänden, anderen Institutionen)				
Projekteinnahmen				
Gesamtfinanzierung				

Die Regionalbudgetförderung erfolgt nach Projektjahren. Zur Abwicklung der Förderung ist eine Zuordnung der Finanzierungsbeträge zu den Projektjahren zwingend erforderlich.